

# UNI-REPORT

Mittwoch, 20. Juni 1973

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 6 / Nr. 8

## Haushaltsausschuß: Sitzung abgebrochen

Nach anderthalbstündiger Dauer brach am vergangenen Donnerstag (14. Juni) Präsident Kantzenbach die erste Sitzung des neu gewählten Haushaltsausschusses ab, nachdem rund 150 Studenten in den Tagungsraum gekommen waren. Die Studenten protestierten gegen die nach ihrer Ansicht manipulierte und rechtlich nicht korrekte Wahl des Ausschusses. Dabei war, wie im letzten „Uni-Report“ berichtet, Heiner Heseler (SHB/sf) als Kandidat der stärksten Studentengruppe im Konvent nicht zum Zuge gekommen, dafür aber der RCDS-Vertreter Claus Schiffel. Der ASfA-Vorsitzende Stefan Rabe forderte die Unterbrechung der Sitzung und eine Auseinandersetzung über das Wahlverfahren.

Gegen die Wahl hatten bereits Mitglieder der Minderheitsfraktion ein Wahlprüfungsverfahren beantragt, worüber noch nicht entschieden ist. Weiterhin hatten sie eine einstweilige Anordnung beantragt, die vom Verwaltungsgericht noch vor der Sitzung des Haushaltsausschusses zurückgewiesen worden war (s. Artikel „Gericht lehnte Antrag ab“). Der Konventspräsident hatte inzwischen, wie im „Uni-Report-Aktuell“ vom 7. 6. 1973 berichtet, festgestellt, daß die Wahl ordnungsgemäß durchgeführt worden war und daß die Ausschüsse vorbehaltlich der Überprüfung durch die Rechtsaufsicht (Kultusminister) in Funktion treten.

Nach diesen Entscheidungen hatte Präsident Kantzenbach den schon einmal wieder ausgedienten Haushaltsausschuß für den vergangenen Donnerstag zu einer Sondersitzung eingeladen. Auf der Tagesordnung stand eine Anhörung der Fachbereichsvertreter über das Raumverteilungsprogramm nach dem Bezug des AfE-Turmes und des neuen Gebäudes in Niederursel im Sommer bzw. frühen Herbst dieses Jahres. In einer weiteren Sitzung sollte nach seiner Terminplanung ein Beschluß über das Raumprogramm herbeigeführt

werden. Diese Entscheidung ist insofern äußerst dringlich, da vor der Umsetzung bauliche und technische Arbeiten geplant oder eingeleitet werden müssen.

Als der Präsident seine Gründe für die Einberufung des Haushaltsausschusses vortragen wollte, kam er nicht zu Wort. Darauf brach er die Sitzung ab. Eine neue Sitzung wurde für den Mittwoch dieser Woche in das Rathaus der Stadt Frankfurt einberufen.

Über den Verlauf dieser Sitzung kann in dieser Ausgabe aus Gründen des Redaktionsschlusses nicht berichtet werden. Dies wird nachgeholt.

Die Verlegung der Sitzung vom üblichen Tagungsraum in den „Römer“ haben der ASfA und der SHB/sf sofort nach der Einladung der Ausschußmitglieder in einer gemeinsamen Presseerklärung scharf kritisiert. Sie warfen dem Präsidenten und seiner Fraktion vor, die Auseinandersetzung eskalieren zu wollen. In der Erklärung heißt es wörtlich: „Wir werden nicht zulassen, daß alle hochschulpolitisch wichtigen Diskussionen unter Ausschluß der Öffentlichkeit und außerhalb der Uni geführt werden.“ Abschließend kündigten sie an: „Wir kommen zum Römer!“

## Gericht lehnte Antrag ab

Der Antrag auf eine einstweilige Anordnung, den Mitglieder der Minderheitsfraktion im Konvent gestellt hatten, wurde am vergangenen Mittwoch (13. Juni) vom Verwaltungsgericht Frankfurt aus formalen Gründen und wegen fehlender Dringlichkeit zurückgewiesen. Die Antragsteller hatten erreichen wollen, daß die Beratungen und Beschlußfassungen des Ständigen Ausschusses für Organisationsfragen und des Ständigen Ausschusses für Haushaltsangelegenheiten in der jetzigen Zusammensetzung untersagt werden. Denn nach Ansicht der Minderheitsfraktion waren die Ausschüsse falsch gewählt worden (s. letzten „Uni-Report“ Jg. 6, Nr. 5). Deshalb wurde ein Wahlprüfungsverfahren beim Kultusminister beantragt.

In der Begründung zum Verwaltungsgerichtsbeschluß wird ausgeführt: „Was die zukünftigen Entscheidungen (der Ausschüsse, d. Red.) anbelangt, läuft die einstweilige Anordnung insoweit auf die zumindest für eine gewisse Dauer angelegte Lahmlegung dieser beiden Ausschüsse hin. Bei der Abwägung der Interessenlage erscheint es aber im Hinblick auf die erste vorliegende Entscheidung (des Konventspräsidenten, die Red.) über die Gültigkeit der

Wahl geboten, das Ergebnis des Wahlprüfungsverfahrens abzuwarten, zumal die beiden Ständigen Ausschüsse auch wegen des laufenden Wahlprüfungsverfahrens damit rechnen müssen, daß ihre Entscheidungen bei Ungültigkeit der Wahl gleichfalls nichtig sind.“

Bei den Wahlen des Studentenparlaments der Universität Frankfurt vom 5. bis 7. Juni hat sich eine Verschiebung innerhalb der Sozialistischen Gruppen ergeben. Stärkste Liste wurde der Sozialistische Hochschulbund SHB/sf in Verbindung mit der Sozialistischen Hochschulinitiative (SHI). Sie erhielt 27,9 Prozent der Stimmen (1972 = 23,9). Verloren hat das ADS/SLH (Aktionskomitee Demokratischer Studenten/Sozialistischer Hochschulbund). Es erhielt 20,5 Prozent der Stimmen (1972 = 27,9). Zu den Verlierern zählt weiterhin der SHB. Er erhielt 13,7 Prozent der Stimmen gegenüber 20,2 Prozent bei der letzten Wahl.

Insgesamt kandidierten neun Listen. Zu vergebene waren 22 Sitze im Studentenparlament. Die Wahlbeteiligung betrug 34,3 Prozent (1972 = 41,3 Prozent). Zu der Neuwahl war es bekanntlich gekommen, weil sich das Studentenparlament aufgelöst hatte. Der Grund: Die ASfA-Verhandlungen führten bei der Sitzverteilung, die sich nach der Wahl im Dezember



Die Abstimmung über die Studentenschaftssatzung mußte wiederholt werden, weil die Wahlbeteiligung mit 34,3 Prozent unter dem erforderlichen Quorum von 50 Prozent lag. Im ersten Wahlgang hatten 51 Prozent für den vorgelegten Satzungsentwurf gestimmt. Weil es das sonnige Wetter zuließ, hatte man die Wahllokale ins Freie verlegt. Foto: Bopp

## Urabstimmung wurde verlängert

Bei den Wahlen zum Studentenparlament vom 5. bis 7. Juni stand auch der Entwurf einer Studentenschaftssatzung zur Abstimmung. 51 Prozent stimmten für die Satzung, 26,3 Prozent dagegen, 21,7 Prozent enthielten sich der Stimme. Da die Wahlbeteiligung nur 34,3 Prozent betrug und somit nicht das erforderliche Quorum von 50 Prozent aller Wahlberechtigten erreicht wurde, mußte die Abstimmung wiederholt werden.

Der zweite Wahlgang war zunächst vom 13. bis 15. Juni festgesetzt. Der Termin wurde am vergangenen Freitag vom Ältestenrat bis zum Mittwoch (20. Juni) verlängert. Am Tag zuvor hatte der ASfA zu einer Uni-Vollversammlung eingeladen. In der Versammlung war gefordert worden, die Abstimmung über die Satzung abbrechen und den ASfA aufzufordern, eine neue Satzung vorzulegen, in der unter anderem auch das politische Mandat verankert ist. Die

Vollversammlung stimmte dem Antrag mit Mehrheit zu. Daraufhin trat der Ältestenrat zusammen und faßte folgenden Beschluß:

① „Der Wahlausschuß hat die Pflicht, die satzungsgemäß anberaumte Urabstimmung ordnungsgemäß weiterzuführen.“

② „Gegen eine Verlängerung der Urabstimmung um drei Vorlesungstage (bis Mittwoch, 20. Juni) bestehen keine Bedenken.“

In der Begründung des Ältestenrats heißt es:

Ein Teil des Parlamentspräsidiums steht auf dem Standpunkt, daß auf Grund eines Beschlusses einer Uni-Vollversammlung am 14. Juni 1973 die Urabstimmung ausgesetzt werden solle. Eine solche Aussetzung kann nach Ansicht des Ältestenrats weder von dem für die Urabstimmung nicht verantwortlichen ASfA noch vom Parlamentspräsidium vorgenommen werden, da die Urabstimmung rechtlich einwandfrei vom Stupa beschlossen wurde und nur durch einen gegenteiligen Beschluß rückgängig gemacht werden könnte.

Zum Zeitpunkt der politischen Willensäußerung der VV am gestrigen Donnerstag (16. Juni) hatten bereits 2000 Studenten sich am zweiten Wahlgang der Urabstimmung beteiligt. Dieser Willensäußerung der VV eine formale Wirkung zuzubilligen würde bedeuten, sich über das Votum der der politischen Verfassung der Studentenschaft gemäß sich artikulierenden Studenten hinwegzusetzen.

Der Weg, eine Ablehnung des vom Stupa vorgelegten Satzungsentwurfs zu erreichen, wäre, daß die gegen diesen Entwurf kämpfenden Gruppen die Mehrheit der Studenten für ihre Ziele gewinnen und der Entwurf in der Urabstimmung dementsprechend mehrheitlich abgelehnt würde. Diese Möglichkeit der Umsetzung des plebiszitär gefaßten Beschlusses des

Teach-ins am Donnerstag ist im Rahmen der laufenden Urabstimmung in vollem Umfang gewährleistet.

Um diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, hat der Wahlausschuß vorgezogen, die Urabstimmung zu verlängern. Gegen eine solche Verlängerung bestehen keinerlei rechtliche Bedenken.

Das Flugblatt, auf dem der Ältestenrat seine Entscheidung mitteilt, endet mit dem Satz: „Gegen diesen Beschluß kann das Rechtsmittel der Anfechtung beim Präsidenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität (Kantzenbach) eingelegt werden.“

In den letzten beiden Jahren hatte es um die Satzung der Studentenschaft eine Reihe von Konflikten gegeben. Strittig war die Wahl und Abwahl von Fachschaftsvertretern auf Vollversammlungen. Nachdem im November 1972 der Hessische Verwaltungsgerichtshof die Satzung für ungültig erklärt hatte, erließ der Präsident der Universität eine vorläufige Satzung im Wege der Rechtsaufsicht.

Der neue Entwurf sieht wiederum die strittige Regelung vor. Dennoch glaubt der ASfA, daß er die Satzung durchsetzen kann.

Das Ergebnis der zweiten Abstimmung lag bei Redaktionsschluß leider nicht vor. „Uni-Report“ wird es in der nächsten Ausgabe veröffentlichen.

## Fenster eingeworfen

Am Donnerstagmorgen (8. 6.) gegen 3 Uhr wurden am Hauptgebäude der Universität, Mertonstraße, elf Glasscheiben eingeworfen. Ein Nachwächter der Wach- und Schließgesellschaft beobachtete es und verständigte eine Polizeistreife. Die Polizisten verfolgten die Täter über den Campus und konnten sie an der Bockenheimer Warte festnehmen. Es handelt sich um drei Frauen und zwei Männer im Alter von 17 bis 27 Jahren.

Die Festgenommenen bestreiten die Tat. Sie sagten aus, daß sie von einem Fest im Studentenheim gekommen und zu ihrem Wagen an der Bockenheimer Warte gegangen wären.

## „Stupa“ ist neu gewählt

letzten Jahres ergeben hatte, zu keinem Ergebnis. Das Ergebnis der Neuwahlen mit den Vergleichszahlen der Dezemberwahlen in Klammern:

ADS	20,5 % = 5 Sitze (27,9 % = 6 Sitze)
SHB/sf/SHI	27,9 % = 7 Sitze (23,9 % = 6 Sitze)
SHB	13,7 % = 3 Sitze (20,2 % = 5 Sitze)
RCDS	11,5 % = 3 Sitze (10,6 % = 2 Sitze)
KSB	10,1 % = 2 Sitze (9,6 % = 2 Sitze)
Spartakus	8 % = 2 Sitze (5,9 % = 1 Sitz)
KSV	3,5 % = kein Sitz (2,3 % = kein Sitz)
Promed	3 % = kein Sitz
Biertrinker	1,9 % = kein Sitz

Inzwischen haben der SHB/sf/SHI mit dem SHB, dem KSB und dem Spartakus Koalitionsverhandlungen geführt. Die an den Gesprächen beteiligten Gruppen gehen davon aus, daß in der nächsten Woche ein ASfA gebildet werden kann.

Die nächste Ausgabe von

**UNI-REPORT**

erscheint am 5. Juli 1973. Redaktionsschluß ist der 29. Juni 1973, in Ausnahmefällen auch später.

UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

# Düsteres Bild der Hochschulen

Einen Tag vor der Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Rechtmäßigkeit des niedersächsischen Vorschaltgesetzes, das einen deutlichen Akzent in der Mitbestimmungsdiskussion an den bundesrepublikanischen Hochschulen setzt, diskutierten die Rektoren und Präsidenten auf ihrer Jahresversammlung in Mainz über das Verhältnis von Staat und Hochschule und in diesem Zusammenhang über Reformtendenzen, Reformziele und Reformwünsche. Dazu hatte die WRK (Westdeutsche Rektorenkonferenz) zwei prominente Redner eingeladen: Bundesminister Prof. Werner Maihofer (FDP) und Kultusminister Dr. Bernhard Vogel (CDU, Rheinland-Pfalz).

Beide Politiker zeichneten, wenn auch in unterschiedlicher Nuancierung, ein keineswegs rosiges Bild von der derzeitigen Hochschulsituation. Und beide machten sehr deutlich, daß eine hoffnungsvollere Entwicklung keineswegs durch kräftige Finanzspritzen zu erwarten sei. Vielmehr müsse eine „geistige Reform“ (Vogel) oder die Aufarbeitung des „Theorie-defizits in der Demokratisierungsdebatte der Universitäten“ (Maihofer) vorangehen.

Vogel wurde in der Frage der Finanzierung der Hochschulen sehr konkret: „Wer heute den Finanzministern Beifall zollt, darf morgen die Kultusminister nicht prügeln. Wer heute den konjunkturpolitischen Maßnahmen zustimmt, darf morgen nicht zu denen gehören, die bei den Folgen es nicht gewesen sein wollen. Wenn die Gemeinschaftsaufgaben eine Kürzung um zehn Prozent erfahren, dann heißt das für den Hochschulbau ohne Mengenlehre und nach Adam Riese, daß uns von den 4,2 Milliarden, die für 1973 vorgesehen waren, 420 Millionen Mark nicht zur Verfügung stehen werden.“

An die Adresse der Kultusminister und der Politiker gerichtet, appellierte Vogel, daß der Staat seine Kompetenz für die Bildungsplanung und seine daraus abzuleitende Letztverantwortlichkeit wahrnehmen müsse, dies allerdings in Kooperation mit den Hochschulen. Das Hauptproblem werde die katastrophale Überbelegung der Hochschulen sein. Diese Entwicklung könne nicht allein durch die Schaffung neuer Studienplätze verhindert werden. Notwendig zur Vermeidung eines vielfachen Numerus clausus sei beispielsweise eine Neubestimmung von Studienberechtigung und Berufsberechtigung am Ende der Fachoberschule, eine neue Regelung des Übergangs von Fachoberschule auf Hochschule und Alternativen zum Hochschulstudium für Abiturienten.

Dringend sei weiterhin, die Verweildauer der Studenten an den Hochschulen zu reduzieren. Denn eine Verkürzung des durchschnittlichen Fachsemesterstudiums von zehneinhalb Semestern um zwei Semester würde immerhin 65 000 neue Studienplätze (fünf bis sechs mittelgroße Universitäten) bringen. Dem Verdacht, kürzere Studienzeiten verordnen zu wollen, beugte Vogel vor: „Es geht nicht darum, die Verweildauer zwangsmäßig zu beschneiden, aber Angebote und Anreize zu ihrer Verkürzung zu machen, weil wir eben in der Tat insbesondere dort, wo wir auch den Schulbereich im Auge haben, die Privilegierten nicht ständig überprivilegieren können, indem wir dem einen das Recht einräumen, statt zehn Semester, wenn er möchte, 14 oder 16 zu studieren, und dem an-

deren nicht das Recht geben, wenigstens acht Stunden Berufsschulunterricht zu haben.“

Maihofer bescheinigte der Universität eine „Unfähigkeit zur Reform“, da sie gegenwärtig zu tief verstrickt in Positionskämpfe der Organisationsreform und im Streit um Prioritäten und Quoren sei. Dadurch sei „eine Blockierung, ja Paralyse der inhaltlichen Reformen in Forschung, Lehre und Studium eingetreten, die für Staat und Gesellschaft insgesamt bedrohliche Ausmaße anzunehmen droht“. Dennoch warnte der liberale Politiker und Wissenschaftler vor „rigoristischen Reformen von außen und oben unter technologischen Kriterien“. Zugespitzt führte er als letzten Grund für die ganze Malaise der heutigen Debatte um die Reform der Universitäten an, daß „schon über die sogenannte Demokratisierung der Universität... keine Einigkeit, ja auch nur Klarheit besteht“. Er forderte die Zuhörer auf, die theoretischen Voraussetzungen für jegliche inhaltliche Reform neu zu überdenken und gab selbst dazu einige Anhaltspunkte:

1 Es handle sich bei der Hochschulorganisation nicht um direkte, sondern um indirekte, also nicht um plebiszitäre, sondern um repräsentative Demokratie.

2 Es handle sich nicht um absolute sondern um konstitutionelle, also um durch Grundrechtsverbürgungen, Minderheitenschutz, Gewaltenteilung und Rechtsbindung aller Gewalt eingeschränkte Mehrheitsherrschaft.

3 Es handle sich bei der Hochschulorganisation im Gegensatz zum staatlichen Bereich nicht um egalitäre, sondern um funktionale Demokratie nach dem Prinzip der qualitativen Repräsentation.

Das eigentliche Problem, das sich in einer auf diesen Prinzipien organisierten Universität stellt, besteht nach Maihofer darin, die Regelungen des Minderheitenschutzes, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung aller Gewalt auch gegenüber einer Mehrheitsherrschaft so zu gestalten, daß größtmögliche Entfaltung individueller Initiative und Produktivität mit bestmöglicher Gewährleistung kollegialer Koordination und Kontrolle zusammenstimmen. Mit diesem Problem werde man sich nach der

Vorlage des neuen Entwurfs für ein Hochschulrahmengesetz des Bundes, mit dem schon Anfang Juli zu rechnen sei, gründlich beschäftigen müssen.

Mit einigen kritischen Ausführungen hatte zu Beginn der Jahresversammlung auch der WRK-Präsident, Prof. Dr. Gerhard Roellecke, die Lage des Hochschulwesens skizziert. Daraus folgte er:

1 Die WRK ist der Auffassung, daß die grundsätzlichen Probleme des Hochschulzuges neu durchdacht werden müssen.

2 Die Einheitlichkeit und Durchlässigkeit im tertiären Hochschulbereich scheint fragwürdig geworden zu sein. Das berührt Fragen nach den Ausbildungsfunktionen der Fachhochschulen, der Gesamthochschulen und der Hochschulen sowie deren Strukturen und die Realisierung von Kurz- und Langzeitstudiengängen.

3 Die WRK bekennt sich zu einer tiefgreifenden Studienreform.

4 Die WRK betont die Verpflichtung der Hochschulen zu einer optimalen Ausnutzung ihrer Kapazitäten. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Auslastung der Hochschulen nicht allein durch Lehr- und Ausbildungsfunktionen bestimmt wird, weil das die Forschungskapazitäten ernstlich gefährden müßte.

5 Die WRK bekennt sich zur Notwendigkeit koordinierter Forschungsplanung.

6 Die WRK sieht es als eine Aufgabe des Gesetzgebers an, die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium mit den in einem Rechtsstaat gegebenen Mitteln zu sichern, andererseits erwartet sie aber vom Gesetzgeber, daß er den Spielraum der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und der Auseinandersetzung nicht derart einengt, daß sich nichts mehr zu sichern lohnt.

7 Die WRK stellt angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Lage unseres Staates die Frage, welche politische Priorität dem Hochschulbereich zukommen soll. Klare Feststellungen dazu sollen fälschliche Erwartungen in der Öffentlichkeit über die Ausbildungskapazitäten der Hochschulen zertreten und die Kritik der Enttäuschten nicht auf die Hochschulen lenken.

Freitag, 22. Juni, 14.15 Uhr: 1. Sitzung des Ständigen Ausschusses II (Organisationsfragen, Angelegenheiten der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses). Senatssaal im Juridicum, 10. OG.

Montag, 25. Juni, 11.15 Uhr: Dr. Paul Wäldchen: „Grundprobleme einer Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaften“. Gastvortrag im Seminarraum des Seminars für Wirtschaftsgeographie.

Dienstag, 26. Juni, 12.15 Uhr: Antrittsvorlesung von Prof. Dr. Günter Willuhn über das Thema „Die Arnika — ein Beispiel gegenwärtiger pharmakognostischer Forschung“. Großer Hörsaal des Pharmazeutischen Instituts.

Mittwoch, 27. Juni 14.15 Uhr: Fachbereichskonferenz Wirtschaftswissenschaften. Lesesaal der Bibliothek des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Raum 521.

Mittwoch, 27. Juni, 15.45 Uhr: Fachbe-

reichskonferenz Religionswissenschaften. Varrentrappstr. 47.

Mittwoch, 27. Juni, 16.15 Uhr: „Mikrobiologische Ökologie der Mülldeponie“. Mikrobiologisches Kolloquium, Siesmayerstr. 70.

Donnerstag, 28. Juni, 10.15 Uhr: „Spezielle Probleme der Abfallbeseitigung (Öl und Plastik)“. Mikrobiologisches Kolloquium, Siesmayerstr. 70.

Freitag, 29. Juni, 14 Uhr: 1. Sitzung des Ständigen Ausschusses I (Lehr- und Studienangelegenheiten). Senatssaal im Juridicum, 10. OG.

Dienstag, 3. Juli, 14.15 Uhr: außerordentliche Fachbereichskonferenz Erziehungswissenschaften. Institut für Sportwissenschaften.

Montag, 9. Juli, 14.15 Uhr: Gastvortrag von Dr. W. König über „Integrationsbewegungen unter Entwicklungsländern und weltweite wirtschaftliche Interdependenz“. Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hörsaal K.

## Termine

# Votum für Studienjahr

Eine verbesserte Nutzung der Hochschulen durch die Einführung des Studienjahrs erhoffen sich die Kultusminister. Bereits im April 1968 beschlossen sie, das Studienjahr mit zusätzlichen Lehrveranstaltungen einzuführen. Ein Untersuchungsausschuß wurde beauftragt, Alternativen auszuarbeiten. Diese Berechnungen liegen jetzt dem Hochschulausschuß der Kultusministerkonferenz (KMK) vor.

Durch die gegenwärtige Einteilung in zwei Studieneinheiten werden die Hochschulen im Durchschnitt nur 27 Wochen im Jahr genutzt. Die beiden Alternativen sind die verlängerte Semesterlösung und die Trimesterlösung. Beide sehen eine Nutzung der Ausbildungseinrichtungen von neun bis zehn Monaten im Jahr vor.

Die verlängerte Semesterlösung bleibt bei der Einteilung des Studienjahrs in zwei Einheiten. Die Semester werden nur verlängert, die Ferien auf drei Monate verkürzt. Durch die wesentliche Vermehrung der Ausbildungszeit — in einer Regelstudien-dauer z. B. von vier Jahren sind es rund zehn Monate — dürfte dies zu einer Verkürzung der Studiums und zu einer Intensivierung des Unterrichts führen. Das ist aber nur durch

Einschränkung der Forschung zu erreichen. Zusätzliches Personal ist in erheblichem Umfang erforderlich. Da aber gleichzeitig Studienplätze eingespart werden, würde sich das zusätzliche Personal rentieren. Ein weiteres Problem ist die räumliche Unterbringung.

Die Trimesterlösung teilt das Studienjahr in drei fast gleiche Teile: 10. September bis 20. Dezember, 1. Januar bis 10. April, 20. April bis 31. Juli. Ein Semester dauert durchschnittlich 14 Wochen, was der jetzigen Regelung entspricht.

Die Einteilung in drei Ausbildungseinheiten bringt eine außerordentliche Flexibilität mit sich. So könnte jeweils eine der drei Einheiten für die praktische Ausbildung oder für die Erstellung von wissenschaftlichen Arbeiten (Diplomarbeiten) herangezogen werden. Ein weiterer Vorzug wäre, daß ihr die geltenden Studienplätze zugrundegelegt werden könnten, nur daß jetzt im Jahr nicht zwei, sondern drei Semester absolviert würden.

Die Trimesterlösung würde eine optimale Nutzung der räumlichen Gegebenheiten und der Ausstattung der Hochschulen mit sich bringen. Das Studium selbst würde konzentrierter erfolgen; trotzdem würden noch ausreichend Ferienzeiten (etwa 2 1/2 Monate) bleiben.

Von Nachteil ist, daß die Forschung in außerordentliche Bedrängnis geraten würde. Die volle Nutzung der Räume würde sich ohne Zweifel auch auf die Nutzung der für die Forschung vorgesehenen Labors und Bibliotheken niederschlagen. Für eine Übergangszeit wäre zusätzliches wissenschaftliches Personal erforderlich.

Beide Alternativen bringen eine Verlängerung der Vorlesungszeiten auf etwa neun Monate und eine Verkürzung der Ferien auf ca. 2 1/2 Monate. Damit wird die Möglichkeit der Studierenden, in der vorlesungsfreien Zeit zusätzliche finanzielle Mittel zu erwerben, stark eingeschränkt. Die Studenten sind auf die Ausbildungsförderung und den von ihren Eltern gewährten Unterhalt angewiesen, was zu einer Minderung des Lebensstandards führen dürfte.

## Valentin Weis †

Am 29. Mai 1973 starb Dr. Valentin Weis, Professor für Didaktik der Mathematik.

Prof. Weis war seit 1969 an der Universität Frankfurt. In den wenigen Jahren hat er eine ungewöhnlich fruchtbare und vielseitige Forschungs- und Lehrtätigkeit in der Didaktik der Mathematik entfaltet. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden die weitere Entwicklung nachhaltig beeinflussen.

Die Universität verliert mit ihm einen Kollegen und Lehrer, der ungewöhnliche sachliche Kompetenzen mit hohen menschlichen Qualitäten verband.

## Leserbriefe

### Parlamentswahlen

Die hochschulpolitisch relevanten Gruppen waren mit unterschiedlichem Elan an diese Wahlen zum Studentenparlament gegangen, was sich besonders in der Fülle an Flugblättern, Werbeschriften und Plakattierungen jedem Studierenden offenbarte. Einig waren sich die führenden Gruppen nur in einem: Das neue Studentenparlament sollte endlich wieder eine tragfähige Mehrheit erhalten, die alte Pattsituation, entstanden durch die Koalitionsschwierigkeiten zwischen den beiden SHB-Gruppierungen, sollte behoben werden.

Bereits nach Abschluß der Einreichungsfrist für die Wahlvorschläge war dem politischen Interessierten klar, daß eine Prognose des Wahlergebnisses nahezu unmöglich ist: Zwei Listen hatten sich erstmals um Wählerstimmen bemüht. Die Liste 9 (Liste der biertrinkenden Studenten) hatte, das war abzusehen, keinerlei Chancen auf einen Sitz im SP; ungewiß war der Ausgang für die rein fachbereichsbezogene Liste 8 (promed), die doch einen erheblichen Stimmenanteil unter den Medizinern hätte erringen können.

Eines war zusätzlich klar, egal ob es von den Gruppenvertretern zugegeben oder verleugnet wurde: Die Wahlbeteiligung, die sowieso unter den Studenten lächerlich niedrig ist, würde, verursacht durch den ungünstigen Termin (kurz vor der Pfingstpause) und die Präsenz während des Sommersemesters niedriger als gewohnt liegen. Wahrscheinlich haben gerade aus diesem Grunde die Gruppen um den SHB/SF und den SHB/MF diesem Wahltermin zugestimmt: Eine geringe Wahlbeteiligung, so ist in diesem Lager klar, be-

deutet, daß eine in absoluten Zahlen kleine Wählerschar, die aber mit Sicherheit zur Urne geht, einen prozentual großen Anteil besitzt, so daß zwar nur wenige Wähler tatsächlich der extremen Politik zustimmen, durch die geringen Oppositionswähler jedoch dennoch zum Sieg kommen.

Das Wahlergebnis präsentierte dann keine Veränderung: 14 Sitze stehen der Gruppe um die SHB-Fraktionen zur Verfügung, 8 Sitze werden wieder in der Opposition vertreten sein. Innerhalb dieser sehr groben Struktur hat sich jedoch einiges getan: Am deutlichsten ist wohl der klare Sieg des SHB/SF (der sich jetzt SF/SHI nennt), dem ein Sitz mehr als zuvor zur Verfügung steht. Dieser Sitz wurde zweifellos vom SHB/MF genommen, bei dem die Wähler offensichtlich erkannt haben, wie sehr er mit dem MSB/Spartakus zusammenarbeitet. Der zweite Sitz, den der SHB/MF verloren hat, ging dann auch konsequenterweise an den MSB: Der Wählerstamm hat sich dreigeteilt: Ein Teil, circa 60 %, verblieb der MF, ein Teil, 20 %, ging zur SF zurück, ein Teil, 20 %, ging an den MSB/Spartakus; es ist evident, daß damit die Chancen für die weitere Entwicklung des SHB/MF äußerst gering sind.

Auf der anderen Seite büßte das ads/SLH einen Sitz ein; dies ist wohl nur aus der historischen Entwicklung erklärbar: War das ads/SLH ehemals die einzige opponierende Gruppe neben dem ansonsten politisch irrelevanten RCDS, so hat sich zum einen beim ads/SLH eine klare Ausrichtung zum sozialliberalen Reformkonzept ergeben, das durchaus einige Wähler abstoßen kann, zum anderen hatte sich der RCDS durch psychologisch

geschickte Aktionen ins Rampenlicht hineingespielt, so daß auch er für einige Studenten wählbar wurde. Ergebnis war, daß durch einen geringen Wählerabfluß zum RCDS hin eine Konsolidierung des Wählerstammes des ads/SLH eintrat, die schon lange von dieser angestrebt worden war. Promed und die „Biertrinker-Liste“ erhielten keinen einzigen Sitz, was wohl von allen Gruppen lebhaft zu begrüßen ist: Zum einen ist das SP kein Spielball der Fachbereichsinteressen, zum anderen ist es auch kein Spielplatz für dubiose Brauerei-Interessen und -Interessenten. — Bedauerlich scheint es, daß die Chaoten-Gruppe KSB (vormals KSV, aber die Bezeichnung wechselt öfters) wieder mit zwei Sitzen im SP gegen vernünftige Vorschläge stimmen kann.

Wir hatten eingangs die Hoffnung auf eine tragfähige Mehrheit geäußert; wie steht's damit? — Nun, die politischen Differenzen zwischen SF auf der einen und MF + MSB auf der anderen Seite sind wohl doch zu hoch, um eine gemeinsame AstA-Plattform zu finden: Gerade aus diesem Grunde waren ja die Neuwahlen notwendig geworden. Es wäre wohl auch für beide Gruppen zu blamabel, jetzt eine Koalition einzugehen und damit den Studenten zu zeigen, daß im Grunde genommen die Neuwahlen doch eine Farce gewesen sind, denn: Das hätte man auch vorher schon bekommen können.

Die Studenten dieser Universität werden also wieder auf einen neuen AstA warten müssen. Tröstlich ist nur eines: Die nächsten Wahlen kommen bestimmt, und wenn man die Wahl analysiert und anhand der Analyse die nächsten Wahlen prognostiziert, so wird klar, daß der MF ein weiterer Abstieg bevorsteht, daß dann gleichzeitig die Möglichkeiten für einen ads/SLH-AstA zumindest enorm steigen. Wann? — Die nächsten Wahlen sind im Wintersemester dieses Jahres! Achim Stier, ads/SHL

### UNI-REPORT

Zeitung der Universität Frankfurt am Main, Herausgegeben von der Presse- und Informationsstelle der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, 6 Frankfurt am Main 1, Senckenberganlage 31, Telefon 7 98 - 25 31 oder 24 72. Fernschreibanschuß 0 413 932 unif d. Redaktion; A. Füllgraff und R. Heisig.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

UNI-REPORT erscheint alle 14 Tage am Donnerstag, mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt. Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Oktober 1971 gültig. — Druck Union-Druckerei, 6 Frankfurt am Main.

# Medien als Helfer der Didaktik

Am Dienstag (19. Juni) begann in den ersten fertiggestellten Räumen des „Turmbaus“ die Arbeitsstelle für Mediendidaktik und Lehrtechnologie des Didaktischen Zentrums der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt mit der Arbeit im Sprachlabor. Die von den Seminaren und Instituten benannten Verbindungsleute wurden zur Besichtigung und Erprobung der Anlagen eingeladen. Diese Besichtigung und Erprobung führt zu einer gezielten Ausbildung in der Benutzung der Anlagen.

Es wurde hier eine Reihe von Begegnungen zwischen Vertretern der Fachseminare und Vertretern des Didaktischen Zentrums in der Hoffnung gestartet, durch kooperatives Handeln eine Verbesserung oder zumindest zusätzliche Hilfe im Ausbildungsangebot der Universität zu erreichen. Bedingt durch die knappen Mittel und die schwierige Personalsituation in der Arbeitsstelle für Mediendidaktik und Lehrtechnologie wird der Erfolg der Sprachlaborarbeit nicht zuletzt auch von der allgemeinen Verwirklichung der Zusammenarbeit abhängen. Oft genug werden sich Improvisationen nicht vermeiden lassen.

## Spezifischer Aspekt

Die Tatsache, daß es, dank der Unterstützung des staatlichen Universitätsbauamtes, bereits jetzt möglich war, die erforderlichen Voraussetzungen für die studentische Arbeit im WS 73/74 in den neuen Sprachlaborräumen zu schaffen, soll Anlaß sein, an dieser Stelle über die Arbeitsstelle für Mediendidaktik und Lehrtechnologie (Arbeitsstelle 4 des Didaktischen Zentrums, kurz Ast. 4) kurz zu informieren. Da ist zunächst der Begriff „Mediendidaktik“. Es handelt sich hier nicht um irgendein Fach, sondern um die Frage nach Funktion und Stellenwert, die den Medien im Didaktischen Bezugsfeld — Lernziele — Inhalte — Auswahlprinzipien — Methoden — Mittel — Situationsbezüge — anthropologische und soziokulturelle Bedingungen — Erfolgskriterien und Möglichkeiten der Erfolgsfeststellungen — zukommen.

Die „Mediendidaktik“ wäre also zunächst zu sehen als spezifischer Aspekt der allgemeinen Didaktik, der als solcher auf die besonderen Fragestellungen und methodischen Notwendigkeiten der Fachdidaktiken im Sinne der „Konkretisierung“ zu übertragen ist. Hierbei ist zu beachten, daß gerade die unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen Fächer, ebenso wie die individuellen Methoden des jeweils Unterrichtenden eine ganz unterschiedliche „Medienstruktur des Unterrichts“ bedingen. Um einer Mißdeutung des Begriffes vorzubeugen, sei hier nochmals betont, daß keineswegs die Technisierung jeglichen Unterrichtsgeschehens beabsichtigt ist, sondern das Auffinden, Darstellen und kritisches Erproben der Möglichkeiten für die Deckung des spezifischen, objektiven Bedarfs in Unterricht und Schule.

Mediendidaktik will also nichts anderes heißen als die Vermittlung

- 1 der für den jeweiligen Unterrichtserfolg optimalen lernzielorientierten Verwendung dieser Medien
- 2 der Kenntnis der auf dem Markt angebotenen Medien (Hardware und Software)
- 3 der Fähigkeit des praktischen Umganges mit diesen Geräten und ihrem Zubehör
- 4 des Wissens, das für die Produktion der jeweils benötigten Software erforderlich ist.

# Herzoperationen im Klinikum

Im Klinikum der Frankfurter Universität wurde eine neue Abteilung für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie in Betrieb genommen. Damit gibt es in Hessen neben der Universitätsklinik in Gießen zwei Kliniken, an denen offene Herzoperationen durchgeführt werden können. Leiter der neuen Abteilung ist der Österreicher Prof. Dr. Peter Satter, der in den vergangenen drei Jahren einen Lehrstuhl an der Universitätsklinik in Essen hatte. Bei seinen Operationen ist Prof. Satter auf die Mitarbeit eines erfahrenen Anästhesisten angewiesen. Es ist Prof. Dr. Rafael Dudziak, der von Düsseldorf nach Frankfurt berufen wurde. Wie bereits im Namen erkennbar, hat die Abteilung drei Schwerpunkte. Bei

(Hierbei wird unter Hardware, z. B. bei einem Videosystem, der gesamte Gerätepark von Fernsehgerät über Kamera bis Videorecorder samt dem erforderlichen Zubehör gerechnet, während zur Software z. B. das mit einer Magnetaufzeichnung belegte Videoband zu rechnen ist.)

Diese unter dem Stichwort „Mediendidaktik“ benannten vier Punkte erscheinen auf den ersten Blick reichlich trivial und einer entsprechenden Unterweisung nicht zu bedürfen. Das tägliche Geschehen in unseren Schulen, aber auch in manchen Hochschulbereichen, macht jedoch deutlich, wie notwendig es ist, auf diesem Gebiet den Studierenden, aber auch den Lehrenden Hilfen zu geben. Man denke nur an die vielen Stunden, in denen durch ineffektives Filmvorführen, durch mühsame, aber unübersichtliche Tafelarbeit Zeit verтан wird, die sich durch gezielte Verwendung bestimmter Medien viel effektiver hätte nutzen lassen. Hier entscheidende Verbesserungen und Hilfen für die Lehrer zu schaffen, muß vorrangige Aufgabe der Mediendidaktik sein.

## Praktischer Unterricht

Unter dem Stichwort Lehrtechnologie soll der technische Aspekt, der sich bei der Mediendidaktik oft zu sehr in den Vordergrund geschoben hat, bewußt angesprochen werden. Die modernen AV-Medien sind alle so eng an technisches Gerät gebunden, daß ein rein theoretisches Wissen um die Möglichkeiten ihrer didaktischen Verwendung praktisch nicht mehr ausreicht. Der Benutzer eines Unterrichtsmediums muß die erforderlichen Handgriffe zur Bedienung der Geräte sowie zur sinnvollen Verwendung der zu benutzenden Software kennen. Dazu reicht auch das Lesen der mitgelieferten und nur zu schnell nicht mehr auffindbaren Bedienungsanleitung meist nicht aus. Zur Lehrtechnologie gehört nicht die immer erforderliche Wartung der im Unterricht benutzten Geräte, aber das Wissen um Geräte, die es gibt, die Sicherheit im Umgang mit ihnen, um das angestrebte Lernziel zu erreichen. Das kann beim Diaprojektor anfangen und beim Computer enden. Die Skala scheint zum augenblicklichen Zeitpunkt noch recht groß, ob alles zurecht auf ihr erscheint, werden einschlägige Forschungen noch zeigen müssen.

Eines aber wird man von der Mediendidaktik und der Lehrtechnologie nicht erwarten dürfen: Sie werden keine Wunder vollbringen, sie werden den Unterrichtenden arbeitszeitmäßig nicht entlasten, ihn im Gegenteil, besonders, wenn er in der Medienarbeit neu ist, dazu zwingen, sehr viel mehr Zeit als bisher in die Vorbereitung seiner Unterrichtsstunden zu investieren. Einer der wesentlichen Aspekte der Mediendidaktik liegt gerade darin, daß sich die Arbeit des Unterrichtenden in seine Vorbereitung verlagert. Er wird zu intensiver Reflexion über das Darzubietende gezwungen. Ausgehend von vorhandener oder noch zu produzierender Software ist die entsprechende

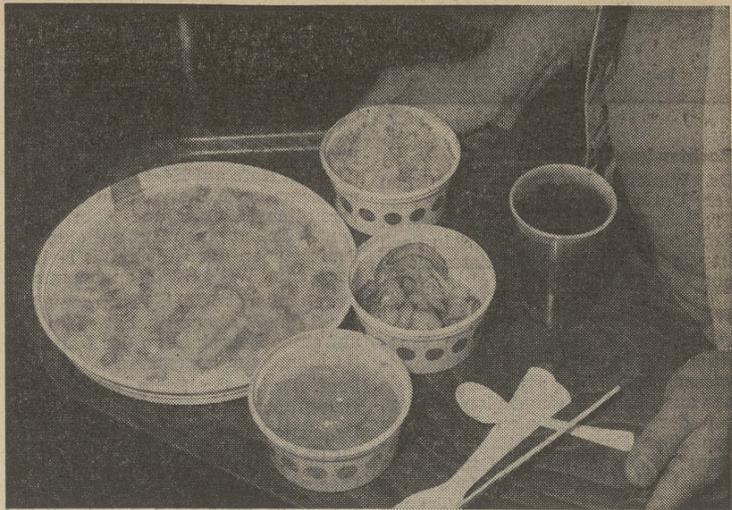
Hardware zusammen mit der Software in den Unterrichtsgang in der Planungsphase bereits mit einzubeziehen, wodurch sich bestimmte Abläufe des Unterrichtsvorhabens nicht mehr stegreifartig aus der Unterrichtssituation her inszenieren lassen. Dieser Zwang zur Unterrichtsplanung wird manchen vor der Verwendung von Medien zurückschrecken lassen. Auch für den zu Unterrichtenden hat die Verwendung von Medien Konsequenzen. Sie gibt eine größere Chance zur Individualarbeit, da die Lehrperson mehr in den Hintergrund tritt. Ein höherer Grad der Veranschaulichung zusammen mit der Möglichkeit, das Arbeitstempo selbst anzugeben, wenn auch nur in gewissen Unterrichtsabschnitten, sollten von jedem Lernenden anerkannt werden. Er sollte aber auch wissen, daß Medien kein Nürnberger Trichter sind, die ihm ohne eigene Arbeitsleistung Wissen vermitteln.

## Studienangebot Medienkunde

Mit diesen kurzen Ausführungen sollten die Absichten der Arbeitsstelle 4 gekennzeichnet sein. Neben ein umfangreiches Serviceangebot auf dem Hardwaregebiet sollen technisches sowie mediendidaktisches Training, Unterweisung und Beratung treten. Die Nutzung des Geräteparks der Ast. 4 durch die Seminare und Institutionen der Universität soll ergänzt werden durch Kooperation bei der Herstellung von Software für bestimmte Geräte und Unterrichtsvorhaben. Aus dieser Zusammenarbeit sollte ein gemeinsam zu schaffendes Studienangebot Medienkunde hervorgehen, das allen für ein Lehramt Studierenden anzubieten wäre. Außerdem sollen entsprechende Voraussetzungen für wissenschaftliche Arbeiten und Forschungsprojekte geschaffen werden.

Mit der Sprachlaborarbeit soll ein erster praktischer Schritt auf diesem Gebiet getan werden, da die meisten Seminare wahrscheinlich gezwungen sind, sich Bandmaterial bzw. Sprachprogramme für ihre Arbeit selbst zu erstellen, aus Mangel an finanziellen Mitteln, die für einen Ankauf von geeigneter Software von beachtlicher Höhe sein müßten. Aus dieser Notwendigkeit heraus werden im praktischen Tun Erfahrungen gesammelt und Kriterien gewonnen, die für die spätere Unterrichtstätigkeit von erheblichem Nutzen sein werden.

R. Mehlig



Nach eigenen Wünschen zusammengestellt: ein Mittagessen in der Frankfurter Mensa. Mit Cola kostet die bescheidene Mahlzeit 2,70 Mark. Foto: Bopp

# Mehr Geld für die Mensa

Eine Verdopplung der Länder-Zuschüsse für das Mensa-Essen an den Universitäten in der Bundesrepublik von gegenwärtig rund 30 auf 60 Millionen Mark hat das Deutsche Studentenwerk (DSW) gefordert. DSW-Präsident Prof. Dr. Thomas Ellwein erklärte, die gegenwärtigen Zuschüsse, die die Studentenwerke für die Mensen erhielten, seien völlig ungenügend. Die Mensen seien gezwungen, die Essensqualität zu senken, um kostendeckend arbeiten zu können. Früher sei man davon ausgegangen, daß der von den Studenten zu zahlende Essenspreis die Kosten des Nahrungsmittelaufkaufs und die Staatszuschüsse die Zubereitungskosten decken sollten. Die Zubereitung sei mittlerweile aber erheblich teurer geworden, so daß der durchschnittliche Zuschuß von einer Mark pro Mahlzeit längst nicht mehr ausreichte. Andererseits könne den Studenten aber kein wesentlich über 1,50 Mark hinausgehender Preis für ein Mensa-Stammessen abverlangt werden. Ellwein wies auf die nachteiligen Folgen einer aus Kostengründen zwangsweise schlechter werdenden Qualität des Mensa-Essens hin. Die Studenten seien heute meist schon unzureichend und falsch ernährt. Das dürfe nicht durch Qualitätsminderungen noch schlimmer

werden. Der DSW-Präsident forderte, daß auch die Erfrischungsräume, in denen Studenten Zwischenmahlzeiten einnehmen könnten, durch Staatszuschüsse subventioniert werden müßten, um zu einer besseren Ernährungsversorgung der Studenten beitragen zu können. Gegenwärtig müßten diese Erfrischungsräume an den Hochschulen zu hohe Preise verlangen, um ihre Kosten zu decken.

Ellwein warf den Ländern mangelndes Verständnis für die Situation der Mensen vor, die einen aufwendigen Apparat für eine Stoßzeit von zwei bis drei Stunden täglich und mit voller Nutzung für nur sieben Monate im Jahr aufrechterhalten müßten. Man könne das Mensa-Personal schließlich nicht für fünf Monate im Jahr — während der Semesterferien — entlassen. Der DSW-Präsident vermutete, daß die Länder sich deshalb gegen höhere Zuschüsse für die Mensen sträubten, weil sie wachsende Folgekosten befürchteten, wenn das Essen in den Mensen besser werde und damit möglicherweise mehr Studenten in die Mensen drängen würden. Ellwein wies aber darauf hin, daß mit einer Verdopplung der Zuschüsse auf 60 Millionen Mark nur der gegenwärtige Qualitätsstand der Mensen gehalten werden könne. Verbesserungen ließen sich damit nicht finanzieren.

# Wenn der Kopf weh tut...

(df) Kopfschmerz ist nicht gleich Kopfschmerz: Hier liegt die Schwierigkeit für die Mediziner, hinter dem Symptom Kopfschmerz die Ursache der Erkrankung zu finden. Ist es eine nicht oder nicht richtig korrigierte Kurzsichtigkeit, eine vereirterte Stirnhöhle, eine Fehlstellung der Halswirbel, eine Verspannung der Nackenmuskulatur, liegt die Ursache im psychischen Bereich oder verbirgt sich dahinter ein Tumor?

So verschiedenartig können die Ursachen sein, und genauso unterschiedlich muß dann auch die Behandlung sein, soll sie Erfolg haben.

Deshalb schrieben zum „Leitsymptom Kopfschmerz“ kürzlich im Deutschen Ärzteblatt (16/73) auch Fachleute aus so verschiedenen Gebieten wie Innere Medizin und Augenheilkunde, Kinderheilkunde und Neurochirurgie, Orthopädie und Psychiatrie. Und selbst innerhalb ihres Fachgebiets betonten alle die so große Unterschiedlichkeit von Ursachen und Behandlung beim Kopfschmerz.

Es gibt neben dem Symptom Kopfschmerz auch den Kopfschmerz, der selbst Krankheit ist: die Migräne. Eine Migräne aber kann wiederum recht unterschiedliche Ursachen haben und sich unterschiedlich äußern, kann halbseitig auftreten, geht meist mit Übelkeit einher, führt zu Erbrechen — bei Kleinkindern oft möglicherweise einziges Symptom, wie Dr. Gert Jacobi von der Universitätskinderklinik Frankfurt am Main schreibt.

Und die Ursachen der Migräne können ganz im Psychischen liegen oder auch rein knöcherner Natur sein: eine Veränderung der Halswirbelsäule zum Beispiel, wodurch das entsprechende Blutgefäß für das Gehirn eingengt wird. Sowohl das „Zur-Ruhe-kommen“ am Wochenende wie die Anspannung im Streß des Tagesgeschehens können einen Migräneanfall auslösen. Und dann muß noch geklärt werden, ob der Anfall wirklich eine Migräne ist, was oft nur der Spezialist, der Neurologe, diagnostizieren kann, denn bei weitem nicht jeder halbseitige Kopfschmerz ist eine Migräne.

So verlangt der Internist Dr. Otto Neu von der Medizinischen Poliklinik der Universität Frankfurt, daß bei jedem Patienten, der über Kopfschmerzen klagt, eine gründliche internistische Untersuchung durchge-

führt wird. Denn auch im internistischen Bereich kennt man viele Ursachen des Kopfschmerzes, sei es Bluthochdruck oder chronische Nierenentzündung, eine nicht exakt genug behandelte Zuckerkrankheit oder — und hier schließt sich der Kreis, dessen Mittelpunkt der Kopfschmerz ist — das regelmäßige Einnehmen von Schmerztabletten. Der schnelle Griff zur Pille ist — auf lange Sicht ganz sicher — kein Weg, der aus dem Schmerz heraus, sondern der in den Kopfschmerz hineinführt.

Daß Kopfschmerzen einen verstimmten, wer kennt es nicht. Aber es ist auch umgekehrt möglich: Verstimmungen können Ursache des Kopfschmerzes sein. So hält Professor Otto Schrappe von der Universitäts-Nervenambulanz Würzburg es für wichtig, beim Symptom Kopfschmerz, auch beim organisch bedingten, nach einer begleitenden Verstimmungssymptomatik zu fahnden. Ein Kopfschmerz, der Symptom einer psychischen Erkrankung ist, läßt sich durch Kopfschmerzmittel nicht heilen, wohl aber kann hier, wie in einem Fall von „ungeklärtem Kopfschmerz“, über den Professor Schrappe berichtet, eine entsprechende Behandlung mit Psychopharmaka zur Schmerzfremheit führen und die Verstimmung beseitigen.

Ist allerdings eine Veränderung der Halswirbelsäule oder die verspannte Nackenmuskulatur Ursache des Schmerzes, so werden Psychopharmaka sicher nicht weiterhelfen. Hier ist vielmehr eine Massagebehandlung, Wärmeanwendung oder — so Professor Gerhard Exner, Orthopädische Universitätsklinik Marburg — in bestimmten Fällen sogar eine Röntgenreizbestrahlung notwendig.

## Personalien

### Rechtswissenschaften

Dr. Winfried Hassemer, Dozent an der Universität München, ist zum Professor (H4) an der Universität Frankfurt ernannt worden. Sein Fach ist „Rechtstheorie, Rechtssoziologie und Strafrecht“.

### Wirtschaftswissenschaften

„Herr Prof. Dr. Karl Abraham, Emeritus im Fachbereich 2, Wirtschaftswissenschaften, ist als einziger Redner aus der BRD eingeladen worden, bei der internationalen Konferenz von „The European-Atlantic Movement“ in der Universität Oxford vom 24.7. bis 3.8.1973 einen Vortrag zu halten. Das Gesamtthema der Tagung lautet: From here to 2000 A. D., Challenges and Responses for the Western World.“ Herr Abraham wird sprechen über: „The Interdependence of Long Range Economic and Educational Planning“.

### Erziehungswissenschaften

Dr. Elisabeth Neumayer wurde zum Honorarprofessor ernannt.

Dr. Elisabeth Becker wurde zur Professorin (H2) ernannt.

### Psychologie

Professor Dr. Viktor Sarris wurde zum Professor (H4) ernannt (Psychologie, insbesondere Allgemeine Psychologie).

### Geschichtswissenschaften

Dr. Wolfgang Klötzer, Direktor des Archivs der Stadt Frankfurt, wurde die Bezeichnung Honorarprofessor verliehen.

### Mathematik

Professor Dr. Hermann Rost (H2) hat Rufe auf H4-Professuren für Wahrscheinlichkeitstheorie und Statistik an die Universität Regensburg, Bielefeld und Heidelberg erhalten. Er hat den Ruf nach Heidelberg zum 1. April 1973 angenommen.

Professor Dr. Dietrich Werner Müller (H3) hat Rufe auf H4-Professuren für mathematische Statistik an die Universitäten Münster und Köln erhalten. — Er hat einen Ruf auf eine H3-Professur an der Universität Heidelberg zum WS 1972/73 angenommen.

Dr. Reinhardt Kiehl, Professor (H4) für Reine Mathematik, hat einen Ruf auf einen Lehrstuhl an der Universität Mannheim angenommen.

Prof. Dr. Peter Szüsz erhielt eine Gastprofessur.

Dr. Hans Föllmer wurde zum Professor (H3) ernannt.

### Biochemie und Pharmazie

Wilhelm Weinmann, langjähriger Materialverwalter des Pharmazeutischen Instituts, hat die Altersgrenze erreicht. In einer Feierstunde wurde er von Prof. Oelschläger verabschiedet.

### Biologie

Dr. Hans-Ulrich Schnitzler wurde zum Professor (H2) ernannt.

Dr. Hans Martin Jahns wurde zum Professor (H2) ernannt.

Dr. Theodor Butterfaß ist zum Professor (H4) ernannt worden. Sein Fach ist „Biologie“.

### Geowissenschaften

Prof. Dr. K. H. Pfeffer, Institut für Physische Geographie, wurde zum 1. Vorsitzenden des Verbands der Deutschen Karst- und Höhlenforscher gewählt.

### Humanmedizin

Professor Dr. G. Schewe wurde zum Professor an der Universität Gießen ernannt.

Der Wissenschaftliche Rat und Professor an der Universität Düsseldorf, Dr. Dr. Willi Schumacher, ist zum Professor (H4) an der Universität Frankfurt ernannt worden. Sein Fach ist „Medizinische Psychologie“.

# Auktion von Jobs für Studenten

**Die hektische und mit Spannung geladene Atmosphäre einer Auktion herrscht jeden Abend von Montag bis Freitag in den Räumen des Studentischen Schnelldienstes der Frankfurter Universität, wenn dort um 17.15 Uhr die tagsüber eingegangenen Arbeitsaufträge an Studenten verlost werden. Die Verlosung wird mit dem Nummerziehen eingeleitet. Von 16.30 bis 17.15 Uhr ziehen Interessenten eine Nummer, die zur Teilnahme an der „Versteigerung“ berechtigt. Bewerben sich mehrere um den gleichen Job, so erhält ihn derjenige mit der niedrigsten Nummer.**

Das zahlenmäßige Verhältnis von Angebot und Nachfrage beim Studentischen Schnelldienst ist schlicht und einfach katastrophal. Jeden Tag stehen 15 bis 20 Aufträgen 150 bis 200 Nachfragen gegenüber. Dieser Andrang herrscht das ganze Jahr über. Das Arbeitsangebot ist zwar seit drei Jahren konstant, doch Zeitarbeitsfirmen nehmen einen großen Teil der Stellen weg.

Der Studentische Schnelldienst, der als Abteilung des Studentenwerks nach den Richtlinien der Bundesanstalt für Arbeit arbeitet, ist gezwungen, jedes Angebot anzunehmen. Die Skala der verlangten Tätigkeiten ist breit und reicht von Aushilfsarbeiten jeglicher Art, Büro- oder Lagertätigkeiten, Einsatz als Fahrer, als Nachhilfelehrer oder Babysitter bis hin zu Dolmetscher- und Übersetzungsarbeiten, Standhilfen bei Messen und dem Einsatz als Hostessen. Den Auftragsgebern wird empfohlen, einen Mindeststundenlohn von sieben Mark netto für einfache Arbeiten anzubieten. Bei guten Schreibmaschinenekenntnissen 8,50, mit Steno 9,50 Mark, Dolmetschen, je nach den erwünschten Sprachkenntnissen zwölf bis zwanzig Mark in der Stunde und für Messetätigkeiten rund 100 Mark am Tag. Nach Erfahrungen werden diese Stundenlöhne auch gezahlt, die auf jeden Fall in Relation zu der erbrachten Arbeitsleistung stehen.

Der Studentische Schnelldienst hat Verbindungen zu einem Stamm von Firmen, mit denen er das ganze Jahr über arbeitet. Der Wunsch vieler Stu-

denten nach studienfachgebundener Arbeit besteht in größerem Maß für Juristen und Volkswirte.

Zu dem viel zu geringen Stellenangebot kommt ein weiterer Aspekt hinzu, der mehr als unerfreulich ist: Die „persönlichen“ Auflagen mancher Arbeitgeber. Sauber, ordentlich, kurzer Haarschopf, rechtens in der Gesinnung und möglichst deutscher Herkunft — so wünschen sich diese Arbeitgeber ihre studentische Aushilfskraft. Diese Art „spezieller Zusatzforderungen“ an den studentischen Arbeitskollegen auf Zeit ist für den Studentischen Schnelldienst und seine Mitglieder mehr als nur eine immer wiederkehrende Erschwernis. Stellen sie doch oftmals massive soziale Diskriminierungen der gesamten Studentenschaft dar, die in der Regel nicht auf Erfahrungen, sondern auf Vorurteilen basieren und die von vornherein das notwendige gegenseitige Vertrauens- und Arbeitsverhältnis belasten.

## Zu wenig Mediziner?

Die Zahl der Medizinstudenten ist von 1963 bis 1972 um 32 Prozent auf 36 200 gestiegen. Die Ausgaben für die medizinischen Fakultäten sind nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes im gleichen Zeitraum von 900 Millionen DM auf 3,7 Milliarden DM angewachsen, also etwa vervierfacht worden. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Karl Fred Zander, vertrat dazu die Auffassung, diese Zahlen vermitteln den Eindruck, daß bei dem erheblichen Anstieg der Haushaltsmittel für die medizinischen Fakultäten die Ausbildungskapazität stärker zugenommen haben müßte als die Studentenzahl. „Allerdings muß bei einem Vergleich der Entwicklung der Ausgaben einerseits und der Studentenzahlen andererseits berücksichtigt werden, daß ein erheblicher

Attraktive und sehr interessante Ferienjobs für Studentinnen und Studenten, bietet die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) der Bundesanstalt für Arbeit in Frankfurt am Main für das europäische und überseeische Ausland an. Tabakernte in Kanada, Weinlese in Frankreich, eine Palette von Dienstleistungstätigkeiten in den USA, Einsatz in der Gastronomie und im Hotelgewerbe in England oder in der Schweiz und Ferientätigkeiten in Südafrika und Australien — die Nachfrage nach diesen Jobs, die mindestens zwei Monate dauern, ist sehr groß. Rund 180 Anfragen flattern der ZAV täglich ins Haus, wovon nur wenige zu erfolgreicher Vermittlung gelangen, denn das Stellenangebot ist auch hier sehr begrenzt. Im Jahre 1971 konnte die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung noch 1172 Studentinnen und Studenten ins Ausland vermitteln, 1972 kam es aufgrund des zurückgegangenen Stellenangebotes nur noch zu 949 Vermittlungen. Wer diese Arbeiten im Ausland aufnimmt, darf nicht damit rechnen, daß er als reicher Mann nach Hause kommt, denn zum einen sind die Löhne nicht gerade hoch, und zum anderen muß jeder Teilnehmer die Reisekosten zu den jeweiligen Arbeitsplätzen selbst aufbringen.

Teil der Ausgaben auf die Hochschulkliniken und damit auch auf die Verbesserung der Krankenversorgung entfällt und daß insbesondere ein großer Teil der Investitionsausgaben im Bereich der Medizin für Ersatz oder die Sanierung überalterter Gebäude aufgewandt werden mußte. Die Bundesregierung ist jedoch in der Tat der Auffassung, daß im Verlauf der weiteren Rahmenplanung für den Hochschulbau die Arbeiten an einer neuen Bedarfsschätzung für Mediziner und zur Ermittlung der Ausbildungskapazität in der Medizin mit Vorrang vorangetrieben und die Zulassungszahlen entsprechend dem Entwurf des Bildungsgesamtplans festgesetzt werden müssen.“

## Umweltschutz-Preis

Die Senatskommission zur Vorbereitung der Errichtung eines wissenschaftlichen Zentrums für Umweltforschung an der Universität Frankfurt ist — wie im vergangenen Jahr — vom Präsidenten beauftragt worden, einen Vorschlag für die Verleihung eines Preises für eine wissenschaftliche Arbeit zu unterbreiten, die sich mit Fragen der Umweltforschung befaßt. Universitätsangehörige, die seit dem Sommer 1972 entsprechende Arbeiten angefertigt haben, werden gebeten, eine kurze

Vorlesungsbeginn im Wintersemester 1973/74 ist am 15. Oktober 1973. Vorlesungsende ist am 15. Februar 1974.

Mitteilung an das federführende Mitglied der Senatskommission, Herrn Prof. Dr. Werner Meißner, Seminar für Volkswirtschaftslehre, Frankfurt/Main, Schumannstr. 34 a, Telefon 2430, zu geben.

# Warnung vor einem sozialen NC

Als wirksames Mittel im Kampf gegen den sozialen Numerus clausus soll der Wohnraumbau für Studenten verstärkt gefördert werden. Zunehmend würden Fälle bekannt, in denen

Studierende ihr Studium wegen fehlender Wohnmöglichkeiten nicht hätten beginnen können, obwohl Studienplätze vorhanden gewesen seien. Das erklärte Bundeswissenschaftsminister Klaus von Dohnanyi auf einer Veranstaltung des ASTA der Universität Mainz. „Unser Ziel ist es, bis 1977 zusätzlich zu den Ende dieses Jahres voraussichtlich vorhandenen 76 000 Wohnheimplätzen weitere 56 000 Wohnplätze zu fördern.“ Mit dieser Steigerung der Zahl der Wohnheimplätze um über 70 Prozent innerhalb von 4 Jahren solle erreicht werden, daß dann für 17 Prozent der 1978 erwarteten 780 000 Studierenden Wohnplätze innerhalb und außerhalb von Studentenwohnheimen zur Verfügung ständen. Der entsprechende Anteil liegt gegenwärtig zwischen 10 und 11 Prozent.

„Die Lebens- und Studienbedürfnisse der Studenten müssen Grundlage der Studentenwohnraumplanung sein. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft bereitet deshalb gegenwärtig einen Wettbewerb über ‚studentisches Wohnen‘ vor. Dabei soll versucht werden, für Studentenwohnheime Lösungen zu finden, die es erleichtern, sich veränderten Anforderungen anzupassen und die für ver-

schiedene Wohnformen, auch die der Gruppenwohnungen, geeignet sind“, sagte der Minister. Ziel des Bau- und Konstruktionswettbewerbes sei es, baureife Planungen zu entwickeln, die möglichst viele Planungsalternativen möglich machen.

## Kritik an KMK-Rechnung

Kritik an der Lehrermangelberechnung der Kultusministerkonferenz übte der GEW-Vorsitzende Erich Frister. Es könne keine Rede davon sein, daß der Lehrermangel an Gymnasien sich „bis 1980 in einen Überschuß umwandeln“ werde.

Die vorgelegten Zahlen seien außerdem „derart wenig differenziert, daß sie in gar keinem Fall zu grundlosen Warnungen vor der Aufnahme eines Lehrerstudiums“ dienen könnten. Frister forderte die KMK erneut auf, ihre Berechnungsunterlagen „transparent und damit für die Öffentlichkeit und die Betroffenen kontrollierbar“ zu machen.

In der Erklärung des GEW-Vorsitzenden wird außerdem darauf hingewiesen, daß „die KMK zur Behauptung eines bevorstehenden Lehrersüberschusses nur kommen kann, weil sie die notwendigen Verbesserungen im Oberstufenbereich einfach ausklammert“. So seien die Senkung der Klassenfrequenzen und die Reform der Lehrerausbildung unberücksichtigt geblieben, obwohl gerade diese beiden Aspekte „unter dem Gesichtspunkt der Oberstufenreform und der zunehmenden Verzahnung beruflicher und allgemeiner Bildung an Bedeutung gewinnen“.

Am Institut für Kristallographie (Fachbereich 17, Geowissenschaften) ist ab sofort die Stelle eines

### WISSENSCHAFTLICHEN BEDIENSTETEN

(BAT II a) zu besetzen.

Zum Aufgabenbereich gehört unter anderem die Beteiligung am Forschungsprojekt „Kristallographische Untersuchung fehlgeordneter Struktur der terrestrischen und extraterrestrischen Materie“ und die Beteiligung an kristallographischen Übungen.

Bewerber werden gebeten, die üblichen Bewerbungsunterlagen bis zum 15. Juli 1973 an das Sekretariat des Instituts für Kristallographie, Senckenberganlage 30, zu richten.

Die Bildstelle sucht zum 1. Juli 1973 einen

### OFFSETDRUCKER

für Kleinoffsetdruck an Rotaprint R40 und R30. Vergütung erfolgt nach BAT VII. Bewerbungen werden erbeten an die Bildstelle der Johann Wolfgang Goethe-Universität, 6 Frankfurt, Mertonstraße 17.

Im Fachbereich Biologie (Didaktik) der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, ist ab sofort die Stelle eines

### AKADEMISCHEN RATS

(A13) zu besetzen. Voraussetzungen: Der Bewerber soll promoviert sein und nach dem abgeschlossenen Hochschulstudium eine mindestens zweijährige wissenschaftliche und praktische Tätigkeit nachweisen. Zu seinem Aufgabenbereich gehören die Mitarbeit bei der Entwicklung und Erprobung experimenteller fachdidaktischer Unterrichtsvorhaben, die Beteiligung an fachdidaktischen Forschungsvorhaben, die Übernahme von Verwaltungsfunktionen und die Einweisung von Studenten in den Gebrauch wissenschaftlicher Geräte und Unterrichtsmedien verschiedener Art.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 15. August 1973 an den Dekan des Fachbereichs Biologie, 6 Frankfurt am Main, Siesmayerstraße 70, erbeten.

Im Bereich Anorganische Chemie II der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main-Niederrad, Sandhofstraße, ist zum 1. August 1973 die Stelle einer

### SEKRETÄRIN

(BAT VI b) neu zu besetzen. Zum vielfältigen Aufgabenbereich gehören außer Erledigung anfallender Korrespondenz vor allem die Verwaltung des Institutstat, Personalangelegenheiten und Bestellungen.

Bewerbungen sind zu richten über Professor Dr. H. Bock an den Dekan, 6 Frankfurt am Main-Niederrad, Theodor-Stern-Kai 7 (Tel. 7 98 - 63 01 / 60 80).

Im Dekanat des Fachbereichs Neuere Philologien der Johann Wolfgang Goethe-Universität ist ab sofort die Stelle einer

### SEKRETÄRIN

(halbtags) zu besetzen. Die Vergütung erfolgt nach BAT VI b. Es handelt sich um eine selbständige und abwechslungsreiche Tätigkeit. Auch Studentinnen, die Schreibmaschinenekenntnisse besitzen und mit einfacher Büroarbeit vertraut sind, können sich bewerben.

Nähere Informationen unter Telefon 7 98 / 29 71. Bewerbungen bitte an das Dekanat Neuere Philologien, 6 Frankfurt am Main, Georg-Voigt-Straße 12.

## Der letzte Uni-Report im SS erscheint am 5. Juli 73